

Änderungsantrag

der Abgeordneten Günter Baumann, Vera Dominke, Olav Gutting, Holger Haibach, Volker Kauder, Siegfried Kauder (Bad Dürkheim), Hartmut Koschyk, Barbara Lanzinger, Melanie Oßwald, Sibylle Pfeiffer, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Ursula Lietz, Dr. Gerd Müller, Hans Raidel, Helmut Rauber, Christian Schmidt (Fürth), Jens Spahn, Gero Storjohann und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
– Drucksache 15/366 –**

– Sammelübersicht 14 zu Petitionen –

Der Bundestag wolle beschließen,

die Petition 1-14-14-5602-044739 in Abänderung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses vom 29. Januar 2003 auf Drucksache 15/366 der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Verteidigung – zur Erwägung zu überweisen.

Berlin, den 17. März 2003

**Günter Baumann
Vera Dominke
Olav Gutting
Holger Haibach
Volker Kauder
Siegfried Kauder (Bad Dürkheim)
Hartmut Koschyk
Barbara Lanzinger
Melanie Oßwald
Sibylle Pfeiffer
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Ursula Lietz
Dr. Gerd Müller
Hans Raidel
Helmut Rauber
Christian Schmidt (Fürth)
Jens Spahn
Gero Storjohann
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, die bis zum Jahr 2004 vorgesehene Auflösung des zweiten Bataillons des Luftwaffenausbildungsregiments 3 in Bayreuth zu überprüfen. Die Petenten sehen in der geplanten Maßnahme einen Verstoß gegen das wehrpolitische Grundprinzip der Präsenz der Streitkräfte in der Fläche, einen Verstoß gegen das haushaltspolitische Sparsamkeitsgebot sowie eine Schlechterstellung der oberfränkischen Grundwehrdienstleistenden und Reservisten.

Das Stationierungskonzept des Bundesministers der Verteidigung führt bezogen auf den Standort Bayreuth zu einer Benachteiligung der nordbayerischen Region mit Auswirkungen auch für die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr, obwohl diese Region in der Vergangenheit im bundesweiten Vergleich immer Spitzenwerte im Freiwilligen-Aufkommen zu verzeichnen hatte. Dabei entspricht die Stadt Bayreuth aufgrund des Kriterienkatalogs der Bundeswehr einem Idealstandort. Außerdem würde die Auflösung des Standortes Bayreuth dazu führen, dass im Krisenfall Tausende von Alarmreservisten in Oberfranken nicht mehr ausgebildet werden könnten.

Die Region Oberfranken, die in Bayern die höchsten Arbeitslosenquoten aufweist, würde durch die Aufgabe des Standortes Bayreuth weitere Arbeitsplätze verlieren. Darüber hinaus erfordert die parallel zur Auflösung des zweiten Bataillons des Luftwaffenausbildungsregiments 3 in Bayreuth vorgesehene Verlagerung des vierten Bataillons des Luftwaffenausbildungsregiments 1 von Holzdorf/Elster in Sachsen-Anhalt nach Wittstock in Brandenburg Investitionen von mindestens 109 Mio. Euro. Diese Investition erscheint angesichts der dortigen Unwägbarkeiten aufgrund des Widerstands der Bevölkerung und der negativen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 14. Dezember 2000 (BVerwG 4 C 12.93 und 4 C 13.93) nicht vertretbar.

Die Petition ist auch deshalb begründet, weil das Grundprinzip der Präsenz der Streitkräfte in der Fläche durch die Auflösung des Standortes Bayreuth verletzt würde. Durch den Wegfall des letzten oberfränkischen Truppenstandortes entstünde eine Fläche ohne eine Truppenpräsenz der Bundeswehr, die in ihrer Ausdehnung die Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes übertrifft. Damit ginge einher, dass alle wehrpflichtigen Grundwehrdienstleistenden und Reservisten aus der Region ihren Wehrdienst nicht mehr in einer zumutbaren Entfernung zu ihrem Heimatort ableisten könnten.

Das Anliegen der Petenten ist berechtigt, da die von der Bundesregierung geplante Verlagerung bzw. Auflösung der Bundeswehr-Einheiten in Bayreuth und Schließung des Standortes den Raum Oberfranken erheblich benachteiligt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Verlagerung des zweiten Bataillons des Luftwaffenausbildungsregiments 3 nach Bayreuth vor zehn Jahren eine Kompensation für die Auflösung der dort seinerzeit stationierten Heeresverbände war. Inzwischen spricht auch die aufgrund der weltpolitischen Sicherheitslage gewachsene Bedeutung der Luftwaffe für eine Beibehaltung des Bundeswehr-Standortes Bayreuth im bisherigen Umfang.

Mit der Überweisung an die Bundesregierung – das Bundesministerium der Verteidigung – zur Erwägung fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, das Anliegen der Petenten noch einmal zu überprüfen und nach Möglichkeiten der Abhilfe zu suchen.